

werden kann. Deshalb wollen wir nicht nur eine monetäre Leistung, sondern in dem großen Umverteilungspaket zur Kindergrundsicherung ist auch ein bestimmter Betrag, den die Länder ausgezahlt bekommen, zum Beispiel, um Museen, Theater Kultur- und Sporteinrichtungen für Kinder kostenfrei zu gestalten. Es geht zum Beispiel auch um die kostenlose Nutzung des ÖPNV, was Mobilität bedingen würde. Damit die Kinder das auch nutzen können, brauchen die Betriebe eine Kompensation. Aus diesen Mitteln soll das bestritten werden. Im Großen und Ganzen geht es also um einen Paradigmenwechsel in der Kinderpolitik. Wir wollen weg von der einseitigen Abhängigkeit von Eltern hin zu eigenen Rechtsansprüchen für Kinder.

(Beifall DIE LINKE)

Auf diesem Weg ist der unmittelbare Anspruch derjenige, dass wir den Regelsatz aufstocken, das heißt, dem Urteil unmittelbar nachkommen und in einem zweiten Schritt die Kindergrundsicherung einführen.

Frau Taubert, Sie hatten ja gefragt, warum wir uns die Mühe machen, die Maßnahmen gegen Kinderarmut in Punkt 3 unseres Antrags noch einmal vorzutragen. Das will ich Ihnen ganz kurz begründen: Sie hatten am 13. Januar in einer Pressemitteilung mitgeteilt, dass Sie zu Arbeitsgruppen einladen möchten, um einen Maßnahmenkatalog gegen Kinderarmut vorzubereiten. Die Pressemitteilung habe ich gut gespeichert und angesehen. Für mich hat sich die Frage gestellt, ob Sie das, was die heutige Ministerpräsidentin Lieberknecht gemacht hat, mitbekommen haben oder ob das etwas an Ihnen vorbeigegangen ist. Die SPD ist damals aus diesen Arbeitsgruppen der Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit mit großem Tamtam und mit Bausch und Bogen ausgetreten, hat also die Arbeit in diesen Arbeitsgruppen niedergelegt. Da stellt sich mir die Frage, ob Sie jetzt von vorne anfangen können. Wenn Sie das nicht machen wollen, wenn Sie also auf dem, was Frau Lieberknecht in ihrer Zeit als Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit angefangen hat, aufbauen wollen, dann begrüßen wir das durchaus. Denn es bringt nichts, hier weitere akademische Debatten zu führen, sondern es kommt ganz massiv darauf an, die vielen Ansätze, die es zum Thema Kinderarmut gibt, endlich umzusetzen. Das ist der wichtigste Punkt in der ganzen Debatte, dass wir eine finanzielle Umstrukturierung der ganzen Familienförderleistung brauchen, um Kinderarmut in der Tat zu bekämpfen. Das ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Anspruch gewesen, einen Änderungsantrag zu unserem Antrag einzureichen. Sie haben sicher noch einmal geschaut, wie wir das Thema in den letzten Jahren behandelt haben. Unser Anspruch ist es auch, dass die UN-Kinderrechtskonvention ohne irgendwelche Vorbehaltserklärungen für alle Kinder

umfassend gilt. Von daher haben Sie uns da ganz auf Ihrer Seite bzw. wir freuen uns, dass Sie uns beigeprungen sind, je nachdem. Das ist also eine ganz wichtige Sache.

Zu all denjenigen in der CDU und in der FDP, die jetzt die Diskussion anstoßen, dass die Regelsätze eigentlich gekürzt werden sollen - Herr Westerwelle hat ähnliche Geschichten ausgeführt, aber auch aus der CDU-Richtung kamen ja solche ...

(Zwischenruf Abg. Untermann, FDP: Was soll diese Unterstellung?)

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Zuhören ist schwierig.)

Ja, ich kann es noch einmal vorlesen. Also: FDP-Steuerexperte Hermann Otto Solms sagte, bei den Hartz-IV-Leistungen seien insgesamt sogar Einsparmöglichkeiten vorhanden.

(Unruhe DIE LINKE)

Das hat er im Handelsblatt gesagt. Das lässt darauf schließen, dass er die Regelsätze am Ende kürzen möchte. All denjenigen, die genau diese Rhetorik auch bedienen, möchte ich sagen, schlimmer als blind sein ist, an dieser Stelle nicht sehen zu wollen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Bärwolff. Gibt es weitere Wortmeldungen. Das sehe ich. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Bärwolff, Sie haben mich jetzt aus dem einfachen Grund noch mal nach vorn getrieben, weil wir die Debatte bisher versucht haben, sehr sachlich zu halten, sowohl in der letzten Legislatur als auch jetzt. Das haben auch Ihre Kollegen ziemlich deutlich gemacht. Wir waren uns im ganzen Hause einig, dass die Regelsätze noch Veränderungen bedürfen. Völlig d'accord, das ist in Ordnung. Was den Paradigmenwechsel zu einer generellen Kindergrundsicherung anbelangt, habe ich dazu eine etwas andere Auffassung. Man kann natürlich darüber reden. Ich habe heute auch gelernt, was eine grüne Kindergrundsicherung bedeutet. Sehen Sie es mir nach, ich habe es noch nicht gelesen. Ich weiß, dass es eine rot-grüne bedingungslose Grundsicherung gibt.

Das kann man alles machen, aber was Sie vorhaben, das sollte man in Gänze machen und sollte eine Grundsicherungsleistung für alle, auch für die Erwachsenen, in Erwägung ziehen. Auch darüber haben wir in dem Hause sehr oft und sehr deutlich gesprochen. Ich erinnere an das solidarische Bürgergeld von Dieter Althaus, was auch große Zustimmung in dem Hause gefunden hat, was leider noch nicht in dem Mainstream ist, wo ich es mir vielleicht gewünscht hätte, aber genau unter dieser Diktion - und da komme ich zu Ihnen, Herr Bärwolff - kann man viele Dinge, die angesprochen sind, dann regeln und auch mit Gerechtigkeit verbinden.

Was ich wirklich hier weit von uns weghalten muss und wo ich auch mal ein Stück weit in die Bresche springen muss für die Opposition, gestern hat irgendjemand etwas von Ecke gesagt von der rechten Seite - Sie reden von Hetze gegen Arbeitslose und das sagen Sie immer wieder und immer wieder. Ich glaube, das gehört hier nicht her.

(Beifall CDU)

Ich frage Sie einfach einmal, ich glaube, Sie können die Frage nicht beantworten, weil nach Ihrer Vita haben Sie studiert und sind dann hier im Landtag gelandet, machen jetzt eine Ausbildung weiter, Sie wissen, wie ein Arbeitsvertrag aussieht etc., aber so richtig gearbeitet haben Sie noch nicht.

(Beifall FDP)

Nun stellen Sie sich doch mal vor, wenn man diese Forderungen hört, die überhaupt noch nicht untersetzt sind, was der Teil der Menschen empfindet, der es möglich macht, die es tagtäglich möglich machen, dass dieser Sozialstaat überhaupt noch funktionieren kann, was meinen Sie, was die sagen, wenn sie solche Reden hier hören?

(Beifall CDU)

Auch das gehört dazu, dass man ehrlich in diesem Parlament ist und auch diese Menschen beachtet, die tagtäglich auf Arbeit gehen und sicherstellen, dass wir hier darüber reden können, in welcher Art und Weise wir die Regelsätze berechtigt, wirklich berechtigt, anpassen müssen.

Aber man muss das Ganze in der Gesellschaft sehen, und da bin ich wieder bei der bedingungslosen Grundsicherung für alle und ich werde weiter das Wort erheben für das solidarische Bürgergeld, weil ich sage, dann funktioniert auch das, was man soziale Gerechtigkeit nennt in Deutschland, wieder in Gänze. Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Günther. Gibt es weiteren Redebedarf? Der Abgeordnete Bärwolff.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Günther, zu meinem Alter, ich bin 24 Jahre alt, habe einmal zwei Semester Geographie studiert nebenbei zum Landtag hier, habe mir überlegt, dass das denjenigen gegenüber, die uns als Abgeordnete bezahlen, reichlich unredlich ist, neben seiner Landtagsarbeit noch zu studieren. Ich glaube, man sollte sich diesem Job hier dann schon vollkommen widmen, erstens dazu.

Zweitens: Das Bürgergeld von Dieter Althaus, Herr Günther, was Sie zitiert haben, das ist genau der falsche Schritt, denn das, was Sie mit dem Bürgergeld in dem Konzept von Dieter Althaus formulieren, ist ja der Umstand, dass Sie sämtliche Sozialsysteme, sämtliche solidarisch getragenen Sozialsysteme, die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung, alles nivellieren, alles auflösen und den Leuten stattdessen am Ende 800 € geben. Das ist in etwa 100 € weniger, als die Hartz-IV-Regelsätze sind. Also dann können wir es auch gleich lassen. Denn das, was Sie sozial mit dem Bürgergeld vom Niveau her machen, das ist zum einen die Einführung der globalen Kopfpauschale mit den 200 € Gesundheitsprämie, das braucht kein Mensch, denn wir brauchen solidarische Krankenversicherung, in der Leistungsträger einzahlen und in der Solidarität auch gelebt wird. Da möchte ich doch für unsere Fraktion schon noch mal deutlich machen, dass Bürgergeld und diese damit verbundenen Politikkonzepte für uns eigentlich nicht tragbar sind.

Des Weiteren haben Sie angesprochen, wie sollen die Leistungsträger, also diejenigen, die tagtäglich arbeiten gehen, eine solche Debatte, wie wir sie hier führen, verstehen? Die Leistungsträger - das ist immer so ein schönes Wort. Wenn Sie mit Leistungsträger Menschen wie Herrn Ackermann meinen oder wie die Leute, die Hypo Real Estate vor die Wand gefahren haben, dann habe ich dafür wenig Verständnis.

(Zwischenruf Abg. Günther, CDU: Ich meine die, die früh um 6.00 Uhr auf Arbeit gehen, Herr Bärwolff.)

Ich gehe doch auch früh um 6.00 Uhr auf Arbeit.

(Unruhe im Saal)

Vizepräsidentin Hitzing:

Herr Abgeordneter Bärwolff, Moment, wir haben Zwischenfragen, lassen Sie die zu?